

BLICKPUNKT PLENUM

12. bis 15. Dezember 2017

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Generaldebatte zum Haushalt

In der traditionellen Generaldebatte hat unser Fraktionsvorsitzender, Thorsten Schäfer-Gümbel, festgestellt, dass die Landesregierung nach 18 Jahren unter Führung der CDU ohne Ideen für die Zukunftsaufgaben ist: Seit 18 Jahren wird an unseren Schulen herumgedoktert - mit dem Ergebnis, dass massenhaft ausgebildete Pädagogen fehlen. Der unerträgliche Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft von Kindern und Jugendlichen und ihrem Bildungserfolg hat sich bis heute nicht geändert. Ganztagschulausbau findet nicht statt, und bei der frühkindlichen Bildung wurde ein Konzept vorgelegt, das angeblich die Eltern entlastet, tatsächlich aber die Kosten der Kinderbetreuung nur auf die Kommunen verlagert.

Bei der Verkehrspolitik und Infrastruktur hat sich in Hessen unter den CDU-geführten Landesregierungen ein unverantwortlicher Investitionsstau aufgebaut. Wegen des Bevölkerungswachstums in den hessischen Ballungsgebieten müssten dringend Bahnlinien und Straßen ausgebaut werden. Doch Schwarz-Grün bleibt stattdessen bei der Devise ‚Sanierung vor Neubau‘. Im Straßenbauamt Hessen Mobil wurde in den letzten Jahren bis zu 40% Personal abgebaut. Wir fordern, das Amt neu aufzustellen und personell zu verstärken. Denn die Personalkürzungen haben dazu geführt, dass keine Straßen und Schienen mehr geplant bzw. ausgeschrieben wurden und die bereitstehenden Bundesmittel nur zu 60% abgerufen wurden. Die SPD fordert seit langem eine Verdoppelung der Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Hierfür muss die Landesregierung endlich eigene Flächen gezielt und preisgünstig bereitstellen. Außerdem sind für den Wohnungsbau originäre Landesmittel erforderlich, denn es reicht nicht, nur die Fördermittel des Bundes durchzureichen und sich dafür feiern zu lassen. Nur wenn wir verstärkt in den sozialen Wohnungsbau investieren, wird es gelingen, auch mit einem Durchschnittseinkommen bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Kritik an Einzelplänen zum Doppelhaushalt

Der Innenminister kündigt endlich zusätzliche Stellen an, von denen allein 40 im Ministerium neu geschaffen werden. Wir haben beantragt, zusätzlich 200 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen und den hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten echte Perspektiven bei Beförderungen zu geben. Denn wir brauchen mehr hoch motivierte ‚Indianer‘ auf der Straße, statt weitere ‚Häuptlinge‘ in Wiesbaden.

Mindestens 100 Mio. Euro im Etat des Kultusministers können aufgrund des Lehrermangels nicht ausgegeben werden. Neue Stellen stehen vor allem auf dem Papier, weil die Landesregierung versäumt hat, rechtzeitig Lehrkräfte auszubilden. So bleibt es in Hessen bei überlasteten Lehrkräften, die am Limit arbeiten müssen. Gleichzeitig wird das Kultusministerium um weitere Stellen aufgebläht. Für mehr Bildungsgerechtigkeit muss endlich in echte Ganztagschulen, tatsächliche Schulsozialarbeit sowie in Aus- und Fortbildung investiert werden.

Nach dramatischen Stellenkürzungen in der hessischen Justiz im Rahmen der ‚Operation düstere Zukunft‘ (mehr als 800 Stellen) und einem anschließenden erneuten Stellenabbau in Höhe von über 350 bis 450 Stellen gibt es jetzt - ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl - wieder mehr Personal. Im Allgemeinen Vollzugsdienst fehlen nach wie vor über 100 Stellen. 17 hessische Vollzugsanstalten weisen einen erheblichen Sanierungsstau aus, dabei sind sanierungsbedürftige Anstalten auch sicherheitsrelevant!

Der Finanzminister hat jahrelang die Kommunen kurz gehalten und unzureichend finanziert. Im Wahljahr gibt es jetzt scheinbare Geschenke, die doch wieder überwiegend von den Städten, Gemeinden und Kreisen selbst bezahlt werden müssen. Das gilt beispielsweise für die

Kita-Gebührenbefreiung oder für die Ablösung der Kassenkredite. Dieser schwarz-grüne Doppelhaushalt ist ein echter ‚Wahlkampfhaushalt‘!

Der Verkehrshaushalt in Hessen hat in 18 Jahren CDU-geführter Landesregierungen massiv gelitten: marode Straßen, fehlende Infrastrukturprojekte, volle Züge und S-Bahnen und eine drastische Zunahme der Stauzeiten. Die Herausforderungen, die die Digitalisierung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringt, werden von der Landesregierung vollkommen ignoriert.

An das Umweltministerium richten wir die Forderung, den Stellenabbau bei Hessen Forst zu beenden. Die nachhaltige Forstwirtschaft muss im Mittelpunkt stehen und dazu gehört auch eine Stärkung der Bildungs- und Beratungsfunktionen. Der Versuch, Hessen Forst ausschließlich zu einem reinen Wirtschaftsbetrieb umzubauen, muss sofort gestoppt werden. Wir kritisieren, dass im Haushalt kaum Projekte zu finden sind, um die Nitratbelastung der Böden zu verbessern oder den Einsatz an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln nachhaltig zu verringern. Darüber hinaus fordern wir eine Verstärkung der Mittel für die Dorfentwicklung, um Zukunftsperspektiven gerade im ländlichen Raum zu schaffen.

Ein großer Wurf für die Kleinen – Unser Chancengleichheitsgesetz

Kurz nach der Vorstellung unseres Gesetzentwurfs zur Qualitätsverbesserung und zur vollständigen Gebührenbefreiung für die Kinderbetreuung hat auch Schwarz-Grün den eigenen Gesetzentwurf zu der seit Monaten durch die Presse wabernden Gebührenbefreiung vorgelegt: Geht es nach Schwarz-Grün müssen Zehntausende Eltern auch weiterhin Kita-Gebühren zahlen, z.B. alle Eltern von Kindern unter drei Jahren sowie Eltern, die mehr als 6 Stunden in Anspruch nehmen. Die vorgesehene Beitragsentlastung durch das Land reicht nicht aus. Selbst der Hessische Rechnungshof hält die 136 Euro pro Kind und Monat, die das Land als Kompensation für die Beitragsfreiheit erstatten will, für nicht ausreichend. Viele Kommunen werden gezwungen sein, an anderen Stellen an der Gebührenschaube zu drehen. Ungeheuerlich ist, dass die vom Land versprochene Beitragsfreiheit zur Hälfte aus den Kassen der Kommunen (KFA) bezahlt wird.

Mit dem SPD-Vorschlag sollen die Elternbeiträge bei ALLEN Betreuungsangeboten für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr entfallen. Zweiter Baustein im Betreuungskonzept der SPD ist eine Verbesserung der Betreuungsqualität. Dazu wollen wir personelle Zuschläge für die Vor- und Nachbereitung, für Elterngespräche und weitere Tätigkeiten, die neben der eigentlichen Kinderbetreuung anfallen, sowie für die Wahrnehmung von Leitungstätigkeiten einführen. Außerdem sollen die personellen Reserven für den Ausgleich von Ausfallzeiten durch Krankheit, Urlaub und Fortbildung auf ein realistisches Maß erhöht werden. Dabei wollen wir die Kommunen schrittweise entlasten, indem das Land ab 2022 zwei Drittel der Kosten trägt. Das ist ein großer Wurf für die Kleinen und für die Eltern. Unser Gesetzentwurf führt in der Endstufe ab 2022 zu einer Mehrbelastung des Landeshaushalts von 720 Mio. Euro pro Jahr. Gleichzeitig hat Hessen schon ab 2020 aus dem Länderfinanzausgleich über 500 Mio. Euro mehr zur Verfügung. Dieses Geld wollen wir einsetzen, um unser Konzept zu finanzieren.

Klares Bekenntnis zu Kassel-Calden

Wir fordern von der schwarz-grünen Koalition ein klares Bekenntnis zum Flughafen Kassel-Calden. Während die EU dem Flughafen bis zum Jahr 2024 Zeit zur Entwicklung gegeben hat, will Schwarz-Grün ihn schon 2017 umfassend evaluieren. Mit dieser Formulierung aus dem Koalitionsvertrag wurden schon viele potentielle Investoren abgeschreckt, denen es an Planungssicherheit fehlte. Der Flughafen Kassel-Calden ist als Gewerbe- und Industriestandort für luftfahrtaffine Betriebe führend unter den Regionalflughäfen. Derzeit befinden sich hier 800 Arbeitsplätze sowie ca. 2.200 indirekte und induzierte Arbeitsplätze. Bei einer Bruttowertschöpfung von 45 Millionen Euro braucht der Flughafen Kassel-Calden endlich ein positives Signal von der Landesregierung und eine klare Perspektive als Verkehrsflughafen!

In diesem Sinne wünscht die **SPD Nordhessenrunde Euch ein schönes Weihnachtsfest, einen ‚guten Rutsch‘, alles Gute und viel Gesundheit für 2018!**